

Atommüll

Risiken und Nebenwirkungen tragen Sie!

17/14

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Schluss

mit dem schwarz-gelben

Atomfilz!



Wir brauchen einen Neustart

Radioaktiver Abfall aus abgebrannten Brennelementen ist gefährlich – über eine Million Jahre. Ein Zeitraum, der weit über unser Vorstellungsvermögen hinausgeht, bedenkt man, dass die Besiedelung Mitteleuropas kaum 40.000 Jahre her ist. Wissenschaftliche Prognosen über die Langzeitsicherheit von Endlagern sind vor diesem Hintergrund zweifelhaft. Das ist einer der Gründe, dass nach über 50 Jahren ziviler Nutzung der Atomenergie weltweit kein Endlager für hochradioaktive Abfälle existiert. Trotzdem wird fortlaufend Atom Müll produziert.

Auch in Deutschland ist kein sicheres Endlager für Atom Müll in Sicht. Im Gegenteil: Mit ihrem sturen Festhalten am ungeeigneten Standort Gorleben steuert die Bundesregierung in der Endlagerfrage mit Vollgas in die Sackgasse. Zugleich hat sie Laufzeiten aller Atomkraftwerke verlängert – und so die Profite der Atomkonzerne vergrößert. Das Atom Müllproblem hat sich dadurch massiv verschärft. Denn eine Verlängerung von im Schnitt zwölf Jahren hat gegenüber dem rot-grünen Ausstiegsbeschluss die anfallende Atom Müllmenge annähernd verdoppelt – auf Kosten kommender Generationen. Auch deshalb kämpfen wir Grüne mit aller Kraft gegen die Verlängerung der Atomlaufzeiten.

Es muss endlich Schluss sein mit dem schwarz-gelben Atomfanz! Wir Grüne wollen einen vollständigen Neuanfang in der Endlagerfrage durch ein öffentlich-rechtliches Verfahren. Die Fixierung auf das Lagermedium Salz muss nach den desaströsen Erfahrungen in der Asse endgültig vom Tisch. Es müssen alle geeigneten geologischen Formationen in Deutschland untersucht werden, um den am besten geeigneten Ort zu finden. Das Suchverfahren muss transparent und ergebnisoffen gestaltet werden, die Öffentlichkeit und die Betroffenen vor Ort jederzeit eingebunden sein.



Atom Müll strahlt über

eine
Million
Jahre!

GORLEBEN:

politisch

verbrannt

Der Standort Gorleben sorgt seit Jahrzehnten für massive gesellschaftliche Konflikte. Die auf ihm lastende Hypothek aus Lug und Trug hat ihn politisch verbrannt. Alles spricht gegen ein Atommülllager in Gorleben: Die Standortauswahl basierte auf politischen Gründen, nicht vorrangig auf wissenschaftlicher Expertise. Und auch geologisch bestehen ernste Zweifel. So monieren Fachleute, das Deckgebirge der Grube sei zu dünn, um einen sicheren Verschluss des Atommülls für die notwendige Zeit zu garantieren.

Im Sommer 2009 wurde bekannt, dass der Bericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) zur Eignung Gorlebens 1983 politisch manipuliert wurde. Die grüne Bundestagsfraktion ergriff die Initiative und setzte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss durch, zu dem mittlerweile der grüne Zwischenbericht vorliegt. Dafür wurde es höchste Zeit, denn Bundesumweltminister Norbert Röttgen treibt den Ausbau des Endlagers Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung voran – auf Basis eines völlig veralteten Bergrechts ohne jegliche gesetzlich abgesicherte Bürgerbeteiligung. Er knüpft damit nahtlos an die dubiosen Methoden früherer schwarz-gelber Regierungen an.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, inwieweit die Auswahl und Erkundung Gorlebens auf politischer Vorfestlegung und Einflussnahme anstatt wissenschaftlicher Expertise beruhte, wer hierfür die Verantwortung trägt und welche Schlüsse für die weitere Endlagersuche zu ziehen sind.



DIE ASSE

126.000 Fässer ohne Boden

Im ehemaligen Salzbergwerk Asse in Niedersachsen wurden von 1967 bis 1978 rund 126.000 Fässer mittel- und schwach-radioaktiven Atommülls eingelagert – ohne Sicherheitsnachweis und Öffentlichkeitsbeteiligung. Offiziell war die Asse als „Forschungsbergwerk“ und nicht als Endlager deklariert. Zunächst stapelte man die Fässer noch sachgerecht, bald schon kippte man sie in den Schacht, wo unzählige Fässer beschädigt wurden. Auf die radioaktive Müllhalde wurde einfach Salz gekippt. Unabhängige Fachleute warnten schon früh vor einem katastrophalen Ende. So alarmierte der Geologe Hans-Helge Jürgens bereits 1979 die Öffentlichkeit und warnte davor, dass die Asse einsturzgefährdet sei und „abzusaufen“ drohe. Früher oder später könne Radioaktivität entweichen. Jürgens behielt Recht. Seit 1988 laufen täglich rund 12.000 Liter Wasser in die Grube. Der Asse droht die Flutung und schließlich der Einsturz. Niemand weiß, was wirklich in den tiefen Stollen und Kammern der Asse liegt. Mindestens 1.300 Fässer mittelradioaktiver Abfall lagern noch dort – vielleicht aber auch die zehnfache Menge. Auch hochgiftiges Plutonium ist dabei, neun Kilogramm wurden zunächst zugegeben, heute wissen wir, es ist mindestens dreimal so viel. Sicher ist nur eines: In der Asse hätte niemals Atommüll gelagert werden dürfen.

MORSLEBEN:

MERKELS

VERSTECKT

FÜR RADIOAKTIVEN

DRECK

Das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) in Sachsen-Anhalt birgt rund 36.000 Kubikmeter Atommüll. Zwei Drittel stammen aus alten DDR-Meйлern – jeweils zur Hälfte vor und nach der Wende. Ein Drittel kommt aus westdeutschen Atomkraftwerken. Schon als die DDR-Regierung 1970 die Entscheidung traf, Morsleben zum Atommülllager zu machen, warnten Wissenschaftler, die Grube sei dafür nicht geeignet. Die politisch missliebigen Expertisen wanderten in die Schublade, Morsleben wurde ein Endlager.

Die Wiedervereinigung sorgte für einen kurzen Einlagerungsstopp, weil das Lager nicht mehr den damals aktuellen Anforderungen entsprach. Die Regierung Helmut Kohl bediente sich deshalb eines juristischen Winkelzugs, um die alte DDR-Genehmigung weiterhin nutzen zu können. So konnten die westdeutschen AKW-Betreiber in wenigen Jahren noch einmal so viel Strahlenmüll in Morsleben entsorgen wie vorher die DDR – und das alles zum Spottpreis von umgerechnet 85 Millionen Euro. Warnungen und Einwände von Wissenschaftlern, Umweltverbänden und Grünen gab es viele, doch sie hatten keine Chance. Angela Merkel, seinerzeit verantwortliche Bundesumweltministerin, wischte alle Bedenken beiseite. Der rot-grünen Landesregierung verpasste sie einen Maulkorb. Merkels Mantra lautete: Morsleben ist sicher. Gebremst wurde sie erst 1998 durch ein Gerichtsurteil. Heute ist nur eines sicher: In Morsleben hätte niemals Atommüll eingelagert werden dürfen.



*Was meinen Sie,
wer zahlt dafür?*

Die Zeche zahlen

wir!

Nach deutschem Gesetz gilt für Atommüll das Verursacherprinzip: Wer ihn produziert, muss die Entsorgung bezahlen. In der Praxis haben die AKW-Betreiber jedoch den Großteil der Kosten geschickt abgewälzt. So stammt der Atommüll in der Asse nicht – wie offiziell behauptet – zu lediglich fünf Prozent aus kommerziellen Atomkraftwerken, sondern zu drei Vierteln, vor allem aus den AKWs Obrigheim und Gundremmingen.

Der Trick: Der Müll aus den AKWs wurde zunächst in die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) geliefert und dort auf Kosten des Staates und unter Beteiligung der AKW-Betreiber noch einige Monate „beforscht“. Für die AKW-Betreiber war die WAK eine exzellente Waschanlage: Kommerzieller Müll ging rein, staatlicher kam wieder raus.

Allein die Sanierung der Asse wird die öffentliche Hand mindestens vier Milliarden Euro kosten. Skandalöserweise hat die damalige schwarz-rote Koalition Anfang 2009 im Atomgesetz explizit festgelegt, dass sich die Atomwirtschaft nicht an den Kosten beteiligen muss. Wir Grüne nehmen das nicht hin und fordern eine angemessene Beteiligung der Atomwirtschaft an den Sanierungskosten der Asse.

Der Rückbau und die Entsorgung anderer atomarer Altlasten – etwa der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe oder der Forschungsreaktoren in Jülich, Hamm-Uentrop oder Kalkar – könnten die Steuerzahler absehbar über 25 Milliarden Euro kosten. Wir Grüne wollen über eine ausreichend hohe Brennelementesteuer dafür sorgen, dass die Atomkonzerne auch die Zeche zahlen.

Vorrang für SICHERHEIT!

Wer nach alledem immer noch versucht, den Standort Gorleben gesund zu beten und einen der größten Atomlobbyisten der Republik, Bruno Thomauske, mit der Sicherheitsanalyse von Gorleben betraut, der handelt verantwortungslos und fahrlässig gegenüber der Bevölkerung. Deutschland darf bei der Endlagersuche keinen gefährlichen Sonderweg gehen. Auch wir müssen uns an internationale Sicherheitsstandards halten und in einem gründlichen Auswahlverfahren mehrere Standorte vergleichen, um den bestmöglichen zu finden. Frankreich und die Schweiz beschreiten diesen Weg bereits ganz selbstverständlich und lassen auch Ton- und Granitformationen untersuchen.

Sicherheit muss auch bei der Asse-Sanierung vorgehen. Die Asse konnte zum Atommülllager werden, weil die Atomwirtschaft und willfähige PolitikerInnen den bequemsten und billigsten Weg suchten. Heute stehen wir vor den Scherben dieses Irrsinns. Nicht einmal 0,1 Prozent des deutschen

Atommülls lagern in der Asse. Schon davon sind Politik und Wissenschaft überfordert. Wir müssen endlich aus den alten Fehlern lernen und Konsequenzen ziehen, denn 99,9 Prozent unseres Atommülls warten noch auf ein geeignetes Endlager!

Bei der Schließung des Atommülllagers Asse muss die Sicherheit Vorrang haben. Ein Schließungskonzept, das die Langzeitsicherheit nicht gewährleistet, ist indiskutabel. Daher setzen wir uns für die Rückholung des Atommülls ein. Die Arbeit daran muss so schnell wie möglich vorangehen, denn weitere Verzögerungen können eine Rückholung des Atommülls irgendwann völlig verhindern. Die Erwartungen der Betroffenen dürfen nicht dadurch enttäuscht werden, dass man sich auf das einfachste und billigste Konzept verständigt. Neben den Vorbereitungen für eine baldige Rückholung muss aber weiter intensiv geprüft werden, welche Risiken für Mensch und Umwelt bestehen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Sylvia Kotting-Uhl MdB, Sprecherin für Atompolitik
Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Atomkraft (Flyer 17/11)
Grüner Zwischenbericht zum
Gorleben-Untersuchungsausschuss (Jan. 2011)

Bundestagsdrucksachen:

17/2425 Brennelementesteuer jetzt einführen
17/1386 Endlager Asse – Vorgänge Mitte der 1990er Jahre
17/1599 Beteiligung der Energiekonzerne an den Sanierungskosten für das Atommülllager Asse
17/888 Einsetzung Untersuchungsausschuss Gorleben

Links:

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Atomausstieg

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Gestaltung: Stefan Kaminski
Stand: März 2011, Schutzgebühr: 0,05 €